**SPEAKER\_01 [00:00-02:26]:**

Philipp Amthor für die CDU-CSU-Fraktion. Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, wenig überraschend, die Begründung dieses Antrags durch Kollegen Brandner, die war natürlich wie immer stillos und ohne Sachkenntnis. Aber ich will schon sagen, das Anliegen in der Sache, über ein Vereinsverbot der letzten Generation zu reden, das ist diskussionswürdig. Und ich will Ihnen offen auch sagen, wir müssen hier im Parlament schon auch von der Bundesregierung erwarten, dass sie uns darüber informiert, was für oder gegen dieses Vereinsverbot spricht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben uns als CDU-CSU-Bundestagsfraktion in den vergangenen Wochen mehrfach bei der Bundesinnenministerin um Aufklärung dieser Frage bemüht. Erfolglos! Und ich frage mich schon, warum gibt Frau Faeser uns dazu keine Auskunft? Wieso will sie die Klimakleber schonen? Wieso tritt das Bundesinnenministerium hier als Verbotsbehörde heute nicht mal mit einer Rede auf? Und warum überlässt man dieses Thema der AfD, liebe Kolleginnen und Kollegen? Das ist doch das eigentliche Problem. Und zugegeben, dass jetzt gerade die AfD sich jetzt hier zum Heilsbringer aufschwingt, ist natürlich maximal problematisch. Und wir werden Ihren Antrag auch ablehnen. Ich will Ihnen nämlich schon sagen, auch wenn ich jetzt sicherlich nicht im Vertrag bin. Ich bin großer Fan der Klimakleber zu sein. Wir müssten die schon in der Sache und auf der Grundlage von Fakten stellen. Und wenn Sie dann hier behaupten, dass ein Unfall einer Radfahrerin in Berlin in einem direkten Zusammenhang mit diesem Protest stünde, dann kann man nur sagen, andere Auffassung Staatsanwaltschaft Berlin. Das sind Straftaten. Aber bleiben Sie dabei bitte auch bei den Fakten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und ich finde auch, Herr Brandner hat es ja mehr als deutlich gemacht. Die AfD wünscht sich natürlich eigentlich einen Verfassungsschutz à la carte. Bei der letzten Generation soll man mal hinschauen, bei ihrer Jugendorganisation, bei ihren rechtsextremistischen Radikalisierungen ein Auge zudrücken. Das ist auch doppelzüngig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aber ich will jenseits der AfD schon auch noch zur letzten Generation sagen, diese Gruppierung hat dem wichtigen Anliegen des Klimaschutzes maximal geschadet, liebe Kolleginnen und Kollegen. Applaus

**SPEAKER\_01 [02:29-02:57]:**

Und ich sage auch, das hat damit zu tun, dass wir dafür eine viel zu lang anhaltende Sympathie von links-grünen Parteien hatten. Gerade hier in der Hauptstadt konnte ein rot-rot-grünes Biotop für Klimakleber entstehen. Und das ist völlig falsch, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und als Dankeschön für diesen netten Umgang wurden uns dann Ausnahmezustände in der Hauptstadt beschert. Applaus

**SPEAKER\_01 [03:01-04:17]:**

Und ich finde, das hat mit legitimen Protest nichts mehr zu tun, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und besonders bemerkenswert bei dieser sogenannten letzten Generation ist die Diskrepanz zwischen der Radikalität ihres Protests auf der einen Seite und der Einfallslosigkeit ihrer Forderungen auf der anderen Seite. Wie wird die Klimakrise gelöst nach deren Vorstellung? Statt 49-Euro-Ticket 9-Euro-Ticket. Das ist gerade der Biestavort, was die Gäste dort haben. Von ETB kann man sagen, eine individuelle Demokratie, eine repräsentative Demokratie, Lotto-Demokratie durch einen Gesellschaftsrat, und man will dann 2 Millionen Tonnen CO2 durch ein Tempolimit sparen, hier sagen lieber 30 Millionen Tonnen durch längere AKW-Laufzeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Applaus Das wäre doch konsequent, wenn es um jede Tonne CO2 geht. Applaus Und ich sage, bei Lichte betrachtet, diese Gruppe muss jetzt gestoppt werden. Die wollen am Ende eine andere Gesellschaft. Das Ende von Marktwirtschaft, das Ende von Wachstum. Und viele gesellschaftliche Kräfte, die diese Gruppe unterwandern, wollen am Ende eine Umgestaltung unseres Landes zu einer ökosozialistischen Planwirtschaft. Und das trifft auf unsere klare Ablehnung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und diese Erwartung haben wir auch an die Bundesregierung. Werden Sie tätig und überlassen Sie dieses Thema nicht der AfD.